

Presseerklärung

Marburg, den 7. November 2005

Großeinsatz gegen Kleinkinder

Polizei stürmt Wohnung, in der sich lediglich zwei kleine Kinder aufhalten Kinder als Geiseln restriktiver Asylpolitik

Der Hessische Flüchtlingsrat protestiert scharf gegen den völlig unverhältnismäßigen Polizeieinsatz bei der geplanten Abschiebung einer kurdischen Familie aus dem Landkreis Marburg-Biedenkopf. Dabei wurde versucht, über Druck auf die minderjährigen Kinder die Familie zur Ausreise zu bewegen. So kam es in den letzten Tagen mehrfach zu polizeilichen Großeinsätzen gegen die Kinder, obwohl bekannt war, dass sie alleine waren.

„Das Vorgehen von Polizei und Ausländerbehörde ist ungeheuerlich“ kommentierte Timmo Scherenberg, Geschäftsführer des Hessischen Flüchtlingsrates die Geschehnisse. „Hier werden Kinder, die nichts getan haben, dazu benutzt, um Druck auf die Eltern auszuüben. Sie sind die Geiseln einer restriktiven Asylpolitik, in der das Kindeswohl nichts zu zählen scheint.“

Hintergrund ist das Schicksal der Familie Kirok aus Fronhausen bei Marburg. Die Familie floh vor über zehn Jahren aus dem kurdischen Südosten der Türkei nach Deutschland. Trotz des politischen Engagements des Vaters wurde das Asylgesuch abgelehnt, ein zermürend Weg durch die Gerichtsstufen begann, der die Gesundheit der ganzen Familie in Mitleidenschaft zog. Derzeit ist noch ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anhängig.

Mittlerweile befindet sich der Vater wegen chronischer Suizidalität seit 15 Monaten stationär im psychiatrischen Landeskrankenhaus in Wunsdorf (Niedersachsen), auch die Mutter musste sich immer wieder in Behandlung begeben, sie war zuletzt zwei Wochen lang stationär in

Marburg in der Klinik. Nach Aussagen der Ärzte ist sie derzeit keinesfalls in der Lage, sich alleine um ihre Kinder zu kümmern.

Das alles ficht die deutschen Behörden jedoch nicht an, sie erhöhten in den vergangenen Monaten den Druck auf die Familie immer weiter. Vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung sind die Ereignisse der letzten Wochen, in denen mehrfach der Versuch unternommen wurde, die Mutter mit den minderjährigen Kindern allein in die Türkei abzuschicken. Dabei wird bewusst Druck auf die Kinder ausgeübt, um die Eltern zu treffen.

Für den 19.10. war ein Abschiebungstermin für die Mutter und die Kinder angesetzt worden. Zu diesem Zeitpunkt befand sich die Mutter allerdings gerade in stationärer Behandlung, so dass eine Abschiebung nicht möglich war. Obwohl dies den Behörden bekannt war, kam es zu einem Großeinsatz der Polizei gegen die Wohnung der Familie in Fronhausen, in der sich nur die minderjährigen Kinder und eine erwachsene Schwester, die Abschiebungsschutz genießt, aufhielten. Die Wohnung wurde mehrere Stunden lang von einem Großaufgebot der Polizei durchsucht, zurück blieben fünf völlig verängstigte Kinder.

Nachdem die Mutter am 31.10 aus der Klinik entlassen wurde, kehrte sie aus Angst nicht in ihre Wohnung zurück, ihr Aufenthaltsort ist derzeit nicht bekannt.

Dennoch kam es am ersten November zu einem erneuten Großeinsatz gegen die Familie. Dabei passte die Polizei drei der Kinder auf dem Weg zum Nachmittagsunterricht und Sportverein ab und hielt sie mehrere Stunden lang getrennt voneinander in Polizeibussen fest. Gleichzeitig stürmte sie die Wohnung der Familie, in der sich lediglich die beiden jüngsten Kinder im Alter von vier und zehn Jahren aufhielten.

Einer Tante und einer erwachsenen Schwester mit sicherem Aufenthalt wurde verweigert, zu den beiden kleinen Kindern zu gehen. Wiederum wurde die gesamte Wohnung durchsucht, die beiden Kinder die ganze Zeit in der Wohnung festgehalten. Dabei wurden sie von der Polizei nicht etwa psychologisch betreut, sondern ihnen im Gegenteil bloß immer wieder gesagt, dass sie jetzt Deutschland zu verlassen hätten – das Land wohlgerne, in dem sie beide geboren und aufgewachsen sind.

Als die Polizei am Ende dieses Tages wieder abzog, ließ sie erneut fünf völlig verstörte Kinder zurück. Als sei es immer noch nicht genug, rief die Polizei zwei Tage später in der Schule an und fragte, ob die Kinder dort seien. Als dies dann in der Klasse geprüft wurde, erlitt die 14jährige Tochter einen Nervenzusammenbruch und wurde ohnmächtig.

Mittlerweile sind alle Kinder mit den Nerven völlig am Ende und bräuchten eigentlich fachkundige Betreuung, um die traumatischen Ereignisse der letzten Wochen zu bewältigen, zumindest jedoch eine sichere Umgebung und Stabilität. Sie in dieser Situation abzuschicken, wäre fatal. „Kinder sind immer die Leidtragenden einer verfehlten Asylpolitik, sie jedoch auch noch in Sippenhaft zu nehmen und als Druckmittel gegen die Eltern zu verwenden, ist zynisch und menschenverachtend. Kinderschutz muss auch für Flüchtlingskinder gelten“ erklärte Scherenberg.

Die psychischen Schäden, die die Einsätze bei den Kindern angerichtet haben, sind nicht wieder gut zu machen. Der Hessische Flüchtlingsrat fordert die Behörden auf, die gegen die Kinder gerichteten Maßnahmen sofort zu unterlassen und den Kindern eine geeignete Betreuung zukommen zu lassen. Alle weiteren Abschiebungsversuche gegen die Familie müssen gestoppt werden, da sie irreparable Schäden für die Entwicklung der Kinder zur Folge haben.

Gez. Timmo Scherenberg
(Geschäftsführer Hessischer Flüchtlingsrat)

Für weitere Informationen:

06421/166902 (Büro)